

Für ein sicheres Wien-Margareten

Die unterzeichnenden Bezirksräti:innen von LINKS-KPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25.03.2025 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für ein sicheres Wien-Margareten durch die Durchführung folgende Maßnahmen der Kriminalprävention aus:

- Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für gefährdete Jugendliche, auch für jugendliche Asylwerber.
Das Arbeitsverbot für AsylwerberInnen ist eine erstrangige politische Dummheit. Jahrrelanges erzwungenes Nichtstun verhindert Integration und steigert die Gefahr, dass junge Menschen in die Kriminalität abgleiten.
- Eine Aufstockung der Mittel der Kinder- und Jugendhilfe.
Kindern in schwierigen Lebenssituationen und in brüchigen Familien dürfen nicht bestraft werden, sondern ihnen muss geholfen werden.
- Verbesserung der psychiatrischen Versorgung
- Wiedergutmachung, Täter-Opfer Ausgleich und gemeinnützige Arbeit als soziale Sanktionen auf Straftaten statt Gefängnisstrafen
- Gut ausgeleuchtete öffentliche Plätze und Notrufsäulen
- Ausbau von Gewaltschutz und Hilfe bei häuslicher Gewalt
- Gegen Gewalt an Frauen-Bankerl auf allen Margaretner Straßen und Gassen, wo das möglich ist.

Begründung

Wer Krone oder Heute täglich liest, könnte meinen, Wien versinkt in Kriminalität. Messerstechereien, Raubüberfälle, Bandenkriminalität in Favoriten, Floridsdorf oder Margareten. Niemand ist sicher. Die Täter sind natürlich junge, männliche Migranten und Asylwerber aus Afghanistan, Syrien oder dem Irak.

FPÖ und ÖVP übernehmen diese Schlagzeilen, behaupten dass die Kriminalität explodiert, schüren Ängste in der Bevölkerung und versprechen Wien zu einer sicheren Stadt zu machen. ÖVP und FPÖ bieten Lösungen an wie: Straftäter abschieben, härtere Strafen und Nulltoleranz, Kampf den Jugendbanden, Strafmündigkeit auf 12 Jahre senken. Alle schreien nach mehr Polizei für Wien. Klingt gut, es werden aber Scheinlösungen vorgegaukelt, die reine Symbolpolitik sind.

Schauen wir uns einmal die Zahlen für Wien und Österreich an wie sie in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) ausgewiesen sind:

Zwischen 2015 und 2023 steigen die Anzeigen von Straftaten nicht. (2015: 195.042 Anzeigen, 2023 186.475 Anzeigen).

Wenn das Bevölkerungswachstum von 13 Prozent mitbedacht wird, dann kann sogar von einer sinkenden Kriminalität ausgegangen werden, wobei Anzeigen nur ein grober Hinweis auf das tatsächliche Ausmaß von Kriminalität sein können, da viele Straftaten gar nicht angezeigt werden (Dunkelfeld). Der Anteil an Nichtösterreichischen StaatsbürgerInnen beträgt in Wien 36,4 Prozent.

Eigentumsdelikte (Einbrüche, Taschendiebstähle, KFZ) sind die häufigsten Delikte und nehmen um 27,4% zu, wobei Wohnungseinbrüche abnehmen.

Internetkriminalität und Internetbetrug steigen um 17,5%.

Gewaltdelikte (Mord, Totschlag, Raub, Körperverletzung) haben um 8,2% zugenommen, wobei Raubdelikte um 5,1% abgenommen haben, Morde (20 Morde 2023) sind seit Jahren stabil, die Mordrate liegt in Österreich bei 0,7 auf 100.000 Einwohnern. (zum Vergleich USA 6.4/100.000 EW). Schwere Körperverletzungen haben abgenommen, allerdings haben Gewaltdelikte, bei denen ein Messer im Spiel war, zugenommen. Der Einsatz von Schusswaffen geht zurück. Bei Gewalt im Privatbereich sind in 58,1% der Fälle Täter und Opfer in einer Beziehung.

Der **Ausländeranteil (Fremde)** an allen Tatverdächtigen beträgt 55,3%. Die Hauptgruppen fremder Täter sind Rumänen, Deutsche, Serben, Türken. Im Verhältnis zu ihrem Bevölkerungsanteil sind allerdings die meisten Opfer von Straftaten Ausländer und nicht Inländer. **Verurteilt** wurden 2023 in Österreich 25.033 Täter wegen 44.376 Straftaten. **Margareten** liegt im Vergleich mit anderen Wiener Bezirken mit einer Quote von 68,12 Straftaten pro 1000 Einwohner im Mittelfeld. Die meisten Straftaten finden im 1. Bezirk statt (647/1000). Das sind die Fakten, sie beweisen, dass es keinen beunruhigenden Anstieg von Kriminalität in Wien gibt und die Realität nicht der Panikmache der FPÖ und ÖVP entspricht.

Sozialpolitik und Prävention statt Repression

Die KPÖ will ein sicheres Wien. Aber ein sicheres Wien ist nicht durch Abschiebungen, einer rassistischen Sündenbockpolitik, härtere Strafen und durch die Kriminalisierung von Kindern zu erreichen. Verurteilte ausländische Straftäter, die zu Haftstrafen verurteilt wurden, bekommen schon jetzt ein Aufenthaltsverbot. Viele werden im Anschluss an die Haft abgeschoben. Ein Teil jedoch kann nicht abgeschoben werden, weil sie staatenlos sind, die Dokumente fehlen oder ihnen bei Abschiebung Folter oder Tod drohen.

Die Herabsetzung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre wie von FPÖ/ÖVP gefordert ist reine populistische, menschenverachtende Symbolpolitik, die das Kindeswohl gefährdet und von allen Experten und Expertinnen abgelehnt wird. Kinder gehören nicht ins Gefängnis, sondern müssen (sozial)pädagogisch und therapeutisch behandelt werden. Stationäre Psychiatrieplätze und Nachbetreuungsangebote gibt es zu wenige. Viele psychisch Kranke sind sich selbst überlassen und können sich und ihre Mitmenschen gefährden.

Die Scheinlösungen von FPÖ und ÖVP gaukeln Sicherheit vor. Straftaten werden dadurch nicht verhindert, die Stadt wird nicht sicherer und die Bevölkerung getäuscht. Ein sicheres Wien braucht eine gute Sozialpolitik und Prävention.

Kriminalität und Unsicherheit steigt, wenn Armut und Ungleichheit zunehmen, wenn Menschen durch hohe Mieten, steigende Energiekosten, Teuerung bei den Grundlebensmitteln und geringeren Sozialleistungen immer weniger zum Leben haben.

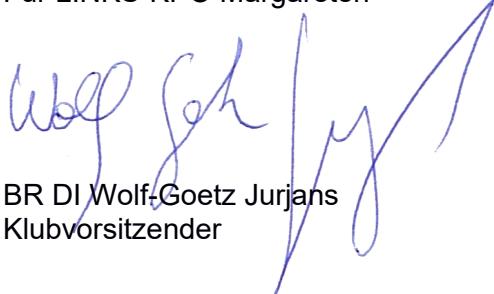
Nur eine soziale Stadt ist auch eine sichere Stadt. Die geplanten Kürzungen von FPÖ/ÖVP bei der Sozialhilfe führen zu einer Steigerung der Armut und Armut führt zu Verzweiflung und Unsicherheit.

Der Verfasser der Kriminalprävention Sicherheit durch soziale Politik war in den 70iger Jahren Bewährungshelfer in Wien und hat 22 Jugendliche betreut.

Er schreibt: Sie alle waren Wiener, „echte“ Österreicher. Migrantische Jugendliche waren damals nicht darunter. Sie waren „Gfraster“, keine Chorknaben, sie begingen Wohnungseinbrüche, Autodiebstähle, schwere Körperverletzungen, Raubüberfälle und viele Bagatelldelikte. Jeder Dritte hatte ein Messer einstecken. Die Bewährungshilfe hatte immer die gesetzliche Aufgabe durch Betreuung und auch Kontrolle diese Jugendlichen wieder auf den geraden Weg zu bringen. Das gelang und gelingt bei den meisten bis heute. Der Unterschied zu früher ist nur, dass es durch die Einwanderung mehr migrantische Jugendliche gibt. Damit steigt auch deren Anteil an den Straftätern. Mit meinen 40 Berufsjahren als Bewährungshelfer und mit meinem Fachwissen weiß ich, dass harte Strafen nicht wirken. Harte Strafen haben Null Einfluss auf die Kriminalität einer Gesellschaft. Im Gegenteil, Gefängnis bringt nur mehr Kriminelle hervor. Harte Strafen sind eine Scheinlösung und Beruhigungspille für die Leser und Leserinnen von Krone und Heute.

In Staaten mit einer harten Strafpolitik bis zur Todesstrafe wie die USA mit der größten Zahl an Inhaftierten (1,8 Millionen oder 541 Gefangene auf 100.000 Einwohner) in der westlichen Welt liegt die Kriminalitätsbelastung weit über den europäischen Staaten mit einer liberalen Strafpolitik, die auf Prävention ausgerichtet ist.

Für LINKS-KPÖ Margareten



BR DI Wolf Goetz Jurjans
Klubvorsitzender



BRin Claudia Krieglsteiner MSc